

die bank



Hüfner | Massenberg | Thiele | Waigel u. a.

## Eine Währung für Europa

10 Jahre Euro-Bargeld

Mit einem Geleitwort von Jean-Claude Juncker



# Eine Wahrung fur Europa

10 Jahre Euro-Bargeld



die **bank**

## **Eine Wahrung fur Europa**

10 Jahre Euro-Bargeld

Copyright 2011 by Bank-Verlag Medien GmbH  
Postfach 45 02 09 · 50877 Köln

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verbreitung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsge-  
setzes ist ohne Zustimmung der Bank-Verlag Medien GmbH unzulässig  
und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung,  
Mikroverfilmung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in  
elektronischen Systemen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte  
bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Art.-Nr. 22.477-1200  
ISBN 978-3-86556-343-9

---

# Inhaltsverzeichnis

## **Geleitwort**

*Jean-Claude Juncker, luxemburgischer Premierminister und  
Vorsitzender der Euro-Gruppe* 1

**Stationen auf dem Weg zum Euro** 3

## **Vom Europäischen Währungssystem zum Euro**

*Dr. Theo Waigel, Bundesminister a.D.* 7

Maastricht im politischen Zusammenhang 7

Wie es zum Euro kam 8

Deutsche Handschrift 10

Politische Umsetzungsprobleme 13

Zwischenbilanz und Ausblick 15

## **Statistiken**

*Europäische Zentralbank* 19

1. Produktion von Banknoten und Münzen 19

1.1 Produktion von Banknoten 19

1.2 Produktion von Münzen 26

2. Umlauf von Banknoten und Münzen 27

2.1 Umlauf von Banknoten 27

2.2 Umlauf von Münzen 29

## **Das Euro-Bargeld aus Sicht der Bundesbank**

Einführung, Nachfrage, Perspektiven

*Carl-Ludwig Thiele, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank* **31**

1. Die Euro-Bargeldeinführung 31
2. Entwicklung des Bargeldumlaufs in Deutschland  
und im Euro-Raum 34
3. Komponenten der Bargeldnachfrage in Deutschland 38
4. Einbindung und Aufgaben der Bundesbank im Bargeldkreislauf 41
5. Europäische Integration im baren Zahlungsverkehr 46
  - 5.1 Harmonisierung des Dienstleistungsangebotes  
im baren Zahlungsverkehr 46
  - 5.2 Private Banknotenbearbeitung im Eurosystem 48
  - 5.3 Grenzüberschreitende Bargeld-Transporte 50
6. Falschgeldentwicklung 51
  - 6.1 Falschgeldentwicklung in Deutschland seit  
Einführung der Euro-Banknoten 52
  - 6.2 Der Kampf gegen das Falschgeld 54
7. Perspektiven 55

## **Geld ist vor allem Vertrauenssache**

*Dr. Hans-Joachim Massenbergh, Mitglied der Hauptgeschäftsführung  
im Bundesverband deutscher Banken* **59**

1. Geld und Vertrauen 59
  - 1.1 Grundvertrauen durch reibungslose Bargeldeinführung 60
  - 1.2 Der Euro in der öffentlichen Wahrnehmung 66
2. Der Euro in der Vertrauenskrise? 70

2.1	Finanzkrise und die Verantwortung der Banken	71
2.2	Staatsschuldenkrise und die Verantwortung der Banken	74
3.	Vertrauen in den Euro nachhaltig stärken	79
3.1	Reform der Währungsunion	80
3.2	Vertrauen in die Banken zurückgewinnen	85
<b>Umsetzung der Euro-Bargeldeinführung in der Bank</b>		
Organisation und Herausforderungen		
	<i>Thomas Böhm, HypoVereinsbank</i>	<b>89</b>
	Einigkeit macht stark: Konzeptionelle Vorbereitung	90
	Virtueller Blick auf den Euro – der „Hamburger Kreis“	91
	Start- und Zielpunkt für jeden Euro: Die Bundesbank	93
	Starterkits – Kleine Beutel, große Wirkung!	94
	Kein Thema zum Träumen! Die „Schlafmünzen“	97
	Sub-Frontloading: Was weg ist, ist weg!	99
	Darf's ein bisschen mehr sein? Die Logistik für die Filialen	101
	Das Risiko immer im Blick – Ausgabe über die Filialen	105
	Alle Mann (und Frau) an Deck! Der Personalbedarf	107
	Die Nacht der Nächte: Umstellung der Geldautomaten	110
	Zeitliche Abfolge	112
	Euro auf allen Kanälen: Weitere Unterstützungsmaßnahmen	112
	Im „Auge des Zyklon“: Der Leitstand	114
	Auszug aus dem Mengengerüst der HypoVereinsbank	115
	Zuviel des Guten	115
	Was bleibt?	117



<b>Euro-Münzen als Sammelgebiet</b>	
<i>Helmut Kahnt, Chefredakteur der Zeitschrift „Münzen &amp; Sammeln“</i>	<b>119</b>
Die Umlaufmünzen der Euro-Währung	119
Das Material der Umlaufmünzen	120
Die gemeinsamen Wertseiten	121
Die nationalen Münzseiten	122
Der Rand der 2-Euro-Münzen	124
Die Kursmünzensätze	125
Die 2-Euro-Sondermünzen	126
Die Gedenkmünzen	128
Multinationale Münzprogramme	132
<b>Der 10. Geburtstag von Eurocentia oder: Fehlprägungen</b>	
<i>Guy Franquinet, Berufsverband des Deutschen Münzenfachhandels</i>	<b>143</b>
<b>Der Euro – Aktuelle Situation und Ausblick</b>	
<i>Dr. Martin Hüfner</i>	<b>157</b>
<b>Autorenportraits</b>	<b>177</b>

---

# Geleitwort

*Jean-Claude Juncker, luxemburgischer Premierminister und Vorsitzender der Euro-Gruppe*

Zum 1. Januar 2012 jährt sich die Einführung des Euro-Bargeldes zum zehnten Mal. Für die Finanzmärkte, für die Geldhändler, ja zum großen Teil auch für Unternehmen war dieser Schritt ganz klar zweitrangig im Vergleich mit der eigentlichen Einführung des Euro, die Festlegung der Paritäten zwischen den damals elf nationalen Währungen, drei Jahre früher. Nicht jedoch für die europäischen Bürger: Zum allerersten Mal wurde Europa auch für sie so konkret, nun waren sie direkt betroffen – der Euro war ein winziges, aber gewichtiges Stück Europa zum Anfassen.

Dieser zehnte Geburtstag fällt wahrlich nicht in eine Zeit, in der einem zum überschwänglichen Feiern zumute ist. Jeden Morgen füllt die Schuldenkrise einzelner Eurostaaten die Schlagzeilen der Zeitungen. Der Rentenmarkt, die „Spreads“, der kurzfristige Finanzierungsbedarf der verschiedenen Länder sind einer breiten Öffentlichkeit zu alltäglichen Themen geworden. Ja, die grundlegende Frage nach dem Überleben des Euros wird von einigen mit großem Eifer immer wieder aufgeworfen. Zumindest dieser letzte Punkt ist im Vergleich mit den 1990er Jahren eigentlich nicht neu. Und genau wie die Skeptiker sich damals über das in ihren Augen unmögliche Gelingen der Gemeinschaftswährung täuschten, so irren sie auch heute mit ihren Voraussagen zum Scheitern des Euro.

Zu schnell wird vergessen, welche außerordentlichen Vorteile der Euro uns gebracht hat – einen Satz den ich umso stärker unterstreiche als ich ihn auf Deutsch schreibe. Der Euro, allen Unkenrufen zum Trotz, schützt die Europäer. Man muss sich nur eine Sekunde vorstellen, was im WährungsEuropa seit drei Jahren los wäre, wenn es den Euro nicht gäbe. Es wäre in Europa, hätten wir noch das europäische Währungssystem gehabt, zu massiven Verwerfungen gekommen – und übrigens nicht zum ersten Mal seit 1999. Ich möchte mir nicht vorstellen

wollen, welchen Kurs die Deutsche Mark inzwischen erreicht hätte, wenn es den Euro nicht gäbe. So aber kann sich auch die deutsche Exportwirtschaft im Außenhandel mit ihrem bei weitem größten Handelspartner, der Eurozone, auf die Stabilität des Euro verlassen. Wenn wir den Euro nicht hätten, dann wäre das Chaos perfekt. Der Euro ist auch heute noch die überzeugendste, ja eigentlich die einzige Antwort Europas auf die Herausforderung der Globalisierung.

Es stand jedoch auch schon 1999 außer Frage, dass die Gemeinschaftswährung eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Staaten notwendig macht. Mit dem Euro fiel das bis dahin gültige Tabu, dass man vor der innenpolitischen Debatte des jeweils Anderen haltgemacht hat. Über nationale Haushalts-, Struktur- und Lohnpolitik musste sich jetzt auch auf europäischem Niveau unterhalten werden. Und doch konnte ich mich schon 2002 des Eindrucks nicht erwehren, dass Konvergenzbestreben und Stabilitätsbewusstsein auf dem Weg ins Euro-Land stärker ausgeprägt waren als nach Erreichen des Ziels. Dies wurde uns über die letzten Monate und Jahre aufs Deutlichste vor Augen geführt. Aber Europa wird, da bin ich zuversichtlich, die gebotenen Lehren aus dieser bitteren Erfahrung ziehen.

Es gilt jedoch auch nicht zu vergessen, dass das Euro-Projekt über die währungs-technischen und geldpolitischen Aspekte hinaus eigentlich eine viel größere und wichtigere Bedeutung hat. Die Währungsunion war für die, die sie erdacht haben, kein primär monetäres oder währungspolitisches Konzept, sondern eigentlich Teil eines breiteren politischen Gesamtprojektes zur Erhaltung einer europäischen Friedensordnung. So ist der Euro in einem gewissen Maße – auch wenn der Ton in letzter Zeit bedauerlicherweise zeitweise etwas martialischer wurde – Friedenspolitik mit anderen Mitteln.

Wir Europäer haben mit der Schaffung des Euro gezeigt, dass wir fähig und bereit sind, unsere kurzfristigen nationalen Egoismen einem gemeinsamen klar umrissenen Projekt unterzuordnen. Eines bleibt nämlich heute wie vor zehn Jahren unbestreitbar: Mit dem Euro tragen wir ein gewaltiges Stück Europa in unseren Portemonnaies.

*November 2011*

---

# Stationen auf dem Weg zum Euro

- 1951 Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande schließen sich zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zusammen. Damit entsteht eine Gemeinschaft, die über nationale Grenzen hinweg einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl schaffen soll.
- 1958 Mit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge werden die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Letztere soll der Bildung eines gemeinsamen Marktes und der schrittweisen Annäherung der Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedsstaaten dienen.
- 1965 Gründung der Europäischen Gemeinschaft durch Verschmelzung von EWG, Euratom und EGKS.
- 1972 Einrichtung des Europäischen Wechselkursverbands.
- 1973 Dänemark, Großbritannien und Irland werden Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft.
- 1979 Einführung des Europäischen Währungssystems auf der Basis der künstlichen Währungseinheit ECU (European Currency Unit) – der Vorläufer des Euro.
- 1981 Griechenland tritt der Europäischen Gemeinschaft bei.
- 1986 Portugal und Spanien werden Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft.

- 1992 Vertrag über die Europäische Union (Maastricht-Vertrag), ein Stufenplan zur Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion.
- 1995 Finnland, Österreich und Schweden treten der Europäischen Union bei. Die europäische Gemeinschaftswährung erhält den Namen Euro.
- 1996 Die kleine Währungseinheit des Euro bekommt den Namen Cent.
- 1997 Vertrag von Amsterdam zur Weiterentwicklung des EU-Vertrags.
- 1999 Der Euro wird als Buchgeld eingeführt.
- 2002 Der Euro wird als Bargeld in Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande (ohne die Gemeinden auf den Antillen), Österreich, Portugal und Spanien gleichzeitig eingeführt. Hinzu kommen noch die drei Kleinstaaten Monaco, San Marino und der Staat der Vatikanstadt, die zwar nicht Mitglieder der Europäischen Union sind, aber auf der Basis von Verträgen ebenfalls die Gemeinschaftswährung mit eigenen nationalen Seiten auf den Münzen einführen dürfen. In Andorra ist der Euro zwar auch alleiniges Zahlungsmittel, eigene Münzen von Andorra gibt es aber (noch) nicht. Außerhalb Europas ist der Euro die Währung in den französischen Übersee-Departements Französisch-Guyana, Guadeloupe, Martinique, Reunion, in den französischen Gebietskörperschaften Mayotte (seit 2010 Departement) und Saint Pierre und Miquelon sowie in den afrikanischen Gebietsteilen Spaniens: Ceuta, Kanarische Inseln und Melilla. Im Kosovo ist der Euro seit dem 9. März und in Montenegro seit dem 1. April 2002 alleiniges Zahlungsmittel, ohne dass die beiden Länder Mitglieder der Europäischen Union sind.

- 
- 2004 Zehn weitere Staaten treten am 1. Mai der Europäischen Union bei: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und der griechische Teil von Zypern.
- 2007 Bulgarien und Rumänien werden Mitglieder der Europäischen Union. Slowenien kann den Euro einführen.
- 2008 Malta und Zypern (griechischer Teil) können den Euro einführen.
- 2009 Die Slowakei führt den Euro ein. Am 1. Dezember tritt der Vertrag von Lissabon in Kraft.
- 2011 Estland führt den Euro ein.



---

# Vom Europäischen Währungssystem zum Euro

*Dr. Theo Waigel, Bundesminister a.D.*

Welche umfangreichen politischen Bemühungen gingen der Einführung der Europäischen Währungsunion voraus? Dieses soll auf den folgenden Seiten skizziert werden:

## **Maastricht im politischen Zusammenhang**

Die entscheidenden Verhandlungen über das Vertragswerk fanden im Dezember 1991 statt. Die Unterzeichnung erfolgte am 7. Februar 1992 und im Herbst 1993 wurde der Vertrag im Bundestag mit großer Mehrheit und im Bundesrat einstimmig verabschiedet.

Der wohl wichtigste Teil des Vertragswerks betrifft die Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Aufbauend auf diesen Vertrag wurde die Währungsunion in drei Stufen verwirklicht. Nachdem auf dem EU-Gipfel vom 1. bis 3. Mai 1998 Einigung über die Teilnehmer an der 3. Stufe und über die Umrechnungskurse erzielt wurde, erfolgte zum 1. Januar 1999 die Einführung der Gemeinschaftswährung als Verrechnungs- und Buchgeld. Anfang 2001 begann der Umtausch des Bargelds.

Der Vertrag von Maastricht war ein europapolitischer Quantensprung. Sein Herzstück bilden die Bestimmungen über den Euro. Der einheitliche europäische Binnenmarkt mit dem freien Verkehr von Waren und Leistungen, von Kapital und Personen, fand ein monetäres Dach. Gleichzeitig erhielt der Prozess der politischen Integration Europas durch den Euro ein irreversibles Moment.



Die europäische Gemeinschaftswährung hat eine lange Vorgeschichte, und der Weg von Rom nach Maastricht<sup>1</sup> war steinig und mühsam. Viele Hürden waren zu überwinden: von der Zollunion über den gemeinsamen Agrarmarkt, die ersten Schritte zur politischen Vertiefung bis hin zur Einheitlichen Europäischen Akte. Maastricht bildet auch keineswegs den Schlusspunkt der europäischen Integration. Die Zusammenarbeit wurde in den vergangenen 20 Jahren fortgesetzt über die Verträge von Amsterdam und Nizza, die Grundrechte-Charta, die Osterweiterung sowie den Verfassungsvertrag bzw. den Vertrag von Lissabon.

Fest steht: Die bisherige politische Integration vollzog sich auf der Basis einer Marktintegration. Insoweit kommt dem Vertrag von Maastricht eine eminent politische Bedeutung zu.

### **Wie es zum Euro kam**

Die europäische Gemeinschaftswährung ist kein Werk „europabessener Politiker“, sondern das Ergebnis einer 40jährigen währungspolitischen Diskussion in Europa. Die Gemeinschaftswährung entstand letztlich auf Druck einer immer stärker zunehmenden wirtschaftlichen Integration des europäischen Kontinents. Auf Dauer wäre eine Europäische Wirtschaftsunion mit 15, 20 oder 27 verschiedenen Währungen nicht haltbar gewesen.

Gerade die deutsche Wirtschaft war auf eine Gemeinschaftswährung in starkem Maße angewiesen. Gegenwärtig weist Deutschlands Wirtschaft eine Exportquote von 40 Prozent auf. Die Hälfte unserer Exporte gehen in die Länder der Euro-Zone, über 60 Prozent der Exporte fließen in den EU-Raum.

Die Bemühungen um eine währungspolitische Absicherung der zunehmenden wirtschaftlichen Integration auf dem alten Kontinent begannen schon wenige Jahrzehnte nach dem Ende des 2. Weltkriegs<sup>2</sup>. 1944 wurde in Bretton

---

1 Einen lesenswerten Überblick über den Prozess der europäischen Integration von den Anfängen nach dem 2. Weltkrieg bis zur Ost-Erweiterung bietet F. Knipping: Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas, München 2004.

2 Zum Folgenden siehe H. Tietmeyer: Herausforderung Euro, München-Wien 2005 sowie einige Beiträge aus Th. Waigel (Hrsg.): Unsere Zukunft heißt Europa, Düsseldorf 1996.

Woods ein System fester Wechselkurse mit dem Dollar als Leitwährung vereinbart. Es hatte bis Anfang der 70er Jahre Bestand. Am Ende sahen sich die USA nicht mehr in der Lage, ihrer vertraglich festgelegten Goldeinlöspflicht nachzukommen. So wurde das System 1973 auch formal aufgehoben.

Nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen drängten die EWG-Mitglieder darauf, einen Wechselkursverbund einzuführen, um ihrer Exportwirtschaft kalkulierbare Rahmenbedingungen zu gewährleisten und um den Preismechanismus im gemeinsamen Agrarmarkt aufrecht zu erhalten.

Der erste Anlauf in Richtung eines gemeinsamen Währungssystems entsprang einem Plan des luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner. Dieser war jedoch ebenso zum Scheitern verurteilt wie die Bemühungen zur Herstellung einer sogenannten Währungsschlinge. Allein von 1972 bis 1978 mussten innerhalb der EWG 17 bilaterale Wechselkursanpassungen (Realignements) vorgenommen werden.

Das auf Initiative von Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing zustande gekommene Europäische Währungssystem (EWS) brachte Fortschritte durch die Festlegung eines Paritätengitters mit engen Schwankungsbreiten. In Spannungsfällen sah das System Interventionsverpflichtungen und Beistandskredite der betroffenen Notenbanken vor. Aber auch das EWS wurde den Erwartungen nicht gerecht. Bis zur Einführung des Euro verzeichnete das System rund 20 Realignements. Dabei kam es nahezu immer zu Aufwertungen der D-Mark und des holländischen Gulden. Paritätsänderungen entwickelten sich zu politischen Dramen, bei denen sich die Abwertungsländer zunehmend innenpolitisch auf der Anklagebank wieder fanden. Zuletzt konnte das EWS nur noch durch Ausweitung der Bandbreiten und das Ausscheiden einiger Währungen aufrecht erhalten werden.

Hinzu kam ein weiterer Punkt: Dank der stabilitätspolitischen Erfolge der Bundesbank wurde die D-Mark innerhalb des EWS zur Ankerwährung. Faktisch sahen sich alle Notenbanken im EWS gezwungen, ihre Zinspolitik

an der Politik der Bundesbank auszurichten. In den Hauptstädten unserer wichtigsten europäischen Partner mehrten sich die Klagen über Souveränitätsverluste durch das vermeintliche Zinsdiktat aus Frankfurt.

Vor diesem Hintergrund wurde auf dem EU-Gipfel 1988 in Hannover eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Jacques Delors eingesetzt. Der sogenannte Delors-Bericht bildete dann auch die Grundlage für die Verhandlungen zur Ausarbeitung des Vertragswerks von Maastricht. Insoweit muss ich feststellen: Die Grundsatzentscheidungen für die Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung waren schon vor meiner Zeit als Bundesfinanzminister getroffen.

Der hin und wieder erhobene Vorwurf, Deutschlands Ja zum Euro sei der Preis für die Wiedervereinigung gewesen, ist absurd. Die Würfel waren längst vor dem 9. November 1989 gefallen. Allerdings hat Deutschlands Wiedervereinigung sicherlich zu einer Beschleunigung der Beratungen auf europäischer Ebene beigetragen.

Für die damals Verantwortlichen im Bundesfinanzministerium und in der Bundesbank war von Anfang an klar: Das Projekt einer Währungsunion ist nur dann konsensfähig, wenn sie als Stabilitätsgemeinschaft konzipiert wird. Zwei Alternativen boten sich an: Dies war zum einen der Export der D-Mark in die anderen EWS-Staaten unter stabilitätspolitischer Kontrolle der Deutschen Bundesbank. Da sich eine solche Lösung aus politischen Gründen verbot, wurde der andere Weg gewählt, nämlich der Export der stabilitätspolitischen Philosophie der Bundesbank in den künftigen Euro-Raum.

### **Deutsche Handschrift**

Die Währungsunion wurde in einem Stufenkonzept eingeführt<sup>3</sup>. In Stufe 1 wurde die Geldpolitik europaweit entpolitisiert, indem alle Notenbanken zur politischen Unabhängigkeit verpflichtet wurden. Darüber hinaus wurden alle noch bestehenden Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft. In Stufe 2 über-

---

3 Zum Folgenden siehe die detaillierte Darstellung bei O. Issing: Der Euro, München 2008.

nahm das Europäische Währungsinstitut (EWI) die konkreten Vorarbeiten zur Einrichtung des Europäischen Systems der Zentralbanken. Mit Stufe 3 begann der Start der eigentlichen Währungsunion.

Die Einführung einer Währungsunion war mit der Bedingung einer möglichst engen ökonomischen Konvergenz der Teilnehmerstaaten verknüpft. Dem dienten die sogenannten Konvergenzkriterien. Vereinfacht ausgedrückt schrieben diese Kriterien niedrige Inflationsraten und möglichst geringe Inflationsunterschiede, solide öffentliche Finanzen hinsichtlich Neuverschuldung und Schuldenstand, eine mindestens zweijährige Teilnahme am EWS sowie eine Annäherung der nominalen Kapitalmarktzinsen vor. Dabei war von Anfang an klar: Die Konvergenz hat Vorrang vor politischen Terminplänen.

Wichtiger Kernpunkt der Währungsunion war und ist die politische Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB). Ihre Mitglieder unterliegen keinerlei Weisungen ihrer nationalen Regierungen.

Die EZB ist zuständig für die Geldpolitik, für das Funktionieren der Zahlungssysteme im Bankensektor und für die Verwaltung der Währungsreserven. Das Direktorium trägt die Verantwortung für das operative Geschäft. Der EZB und den nationalen Notenbanken ist es nicht erlaubt, den EU-Haushalt oder die nationalen Haushalte zu finanzieren. Ebenso ist der Erwerb öffentlicher Schuldtitel auf dem Primärmarkt untersagt. Wie die Bundesbank ist auch die EZB vorrangig dazu verpflichtet, Preisniveaustabilität sicherzustellen. Dies hat wichtige Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen der gemeinsamen Geldpolitik auf der einen und der im nationalen Verantwortungsbereich verbleibenden Haushalts- und Finanzpolitik auf der anderen Seite.

Das Statut der EZB ist eindeutig vom „Geist der Bundesbank“ geprägt. Das Statut beruht auf einem völkerrechtlichen Vertrag, der nur einstimmig geändert werden kann, während beim Bundesbank-Gesetz nur eine einfache Mehrheit erforderlich ist. Der Sitz der EZB in Frankfurt hat mehr als eine symbolische Bedeutung. Frankfurt steht geographisch für das stabilitätspoliti-